presse

AG Finanzen

Keine Einigkeit über die Internetsteuer auf dem EU-Digitalgipfel

***Lothar Binding**, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:*

Die Niedrigsteuerländer haben auf dem Digitalgipfel in Tallinn eine schnelle Umsetzung der Internetsteuer verhindert. Diese Hinhaltetaktik muss von großen EU-Ländern durchbrochen werden. Wir brauchen eine faire und den anderen Unternehmen der Realwirtschaft vergleichbare Besteuerung der Internetkonzerne.

„Niedrigsteuerländer wie Irland und Luxemburg haben verhindert, dass sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Digitalgipfel in Tallinn einmütig für eine schnelle Umsetzung einer Internetsteuer ausgesprochen haben. Damit können die großen Internetkonzerne, wie Google und Facebook, ihre Strategien zur Steuervermeidung erst einmal fortsetzen.

Die von Deutschland und anderen Mitgliedstaaten vorgeschlagene Internetsteuer stellt einen neuen Weg zur Besteuerung der Internetkonzerne dar. Diese können sich bisher der Steuerpflicht entziehen, da ihre Gewinne an einem anderen Land anfallen als ihre Kunden ansässig sind. Große digitale Plattformen machen Geschäfte mit Kunden aus allen Ländern Europas und verbuchen ihre Gewinne fast ausschließlich in Staaten mit niedrigen Unternehmenssteuern, wie Irland oder Luxemburg. Die Internetsteuer soll nunmehr am Umsatz anknüpfen und verlegt somit die Steuerzahlung in den Mitgliedstaat in dem die Kunden ansässig sind. Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten erhalten dann einen fairen Anteil an den Gewinnen der Internetkonzerne.

Die Hinhaltetaktik der Niedrigsteuerländer muss durch die großen EU-Mitgliedstaaten durchbrochen werden. Wir brauchen eine angemessene und den

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

anderen Unternehmen der Realwirtschaft vergleichbare Besteuerung der Internetkonzerne.“